

Änderungsantrag

der Abgeordneten Margareta Wolf (Frankfurt), Gerald Häfner, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Oswald Metzger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6009, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 09
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen::

In Kapitel 09 02 – Allgemeine Bewilligungen – Titelgruppe 06 – Förderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie Freier Berufe – wird ein neuer Titel „Anschubfinanzierung für eine überregionale deutsche Informationsbörse in Leipzig“ in Höhe von 3 Mio. DM eingerichtet.

Die Deckung erfolgt aus dem Titel 662 61-252 „Zinszuschüsse und Erstattungen von Darlehensausfällen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms „Zur Förderung selbständiger Existenzen“.

Bonn, den 26. November 1996

Margareta Wolf (Frankfurt)
Gerald Häfner
Antje Hermenau
Kristin Heyne
Oswald Metzger
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Maßnahmen zur Etablierung eines privaten Risikokapitalmarkts, wie sie die Bundesregierung (zuletzt im „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“) angekündigt hat, können nur dann Erfolg haben, wenn sie nicht lediglich additiv dem bisherigen System der Mittelstandsförderung hinzugefügt werden. Ne-

ben der Schaffung der notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Deutschland und der steuerrechtlichen Gleichstellung der Anlageformen ist deshalb auch eine grundlegende Umorientierung und langfristige Reform der Mittelstandsförderung unumgänglich.

In diesem Zusammenhang sollten 3 Mio. DM aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm bereits in diesem Jahr als einmalige Anschubfinanzierung für eine überregionale Informationsbörse eingesetzt werden. Sie sollte in Leipzig angesiedelt werden.

Durch eine solche Börse könnten die Hemmnisse für die Zusammenführung von potentiellen Beteiligungsgebern und potentiellen Beteiligungsnehmern in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend gesenkt werden. Zudem sollte die Informationsbörse als unabhängige Institution für kapitalsuchende KMU ein „Rating“ durchführen, das sich auf Bonität und Zukunftschancen bezieht. Durch eine Informationsbörse werden außerdem mittelfristig zahlreiche der bisherigen öffentlich unterstützten Beratungsprogramme überflüssig. Somit werden Mittel freigesetzt. Die laufenden Kosten pro Jahr könnten zunehmend durch Erlöse der Informationsbörse gedeckt werden.